

# Parteibindungen von Migranten: Parteien brauchen erleichterte Einbürgerung nicht zu fürchten

*Menschen mit Migrationshintergrund bilden einen stetig wachsenden Anteil an der Bevölkerung Deutschlands. Die Mehrzahl von ihnen kann aufgrund eines fehlenden deutschen Passes nicht an Wahlen teilnehmen. Da aber die Zahl eingebürgerter und damit wahlberechtigter Menschen mit Migrationshintergrund weiter steigt, nimmt auch das Interesse der politischen Parteien an dieser Gruppe zu.*

*Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) zeigen, dass Menschen mit Migrationshintergrund je nach Herkunftsland sehr unterschiedliche Bindungen an die deutschen Parteien entwickelt haben. Dies gilt auch nach vielen Jahren des Aufenthalts in Deutschland und sogar für die sogenannte zweite Generation. Personen aus den ehemaligen Anwerbeländern – Türkei, Jugoslawien, Spanien, Italien, Griechenland und Portugal – neigen in großer Mehrheit der SPD zu, (Spät-)Aussiedler der CDU/CSU. Die kleinen Parteien finden dagegen vergleichsweise wenig Unterstützung durch Menschen mit Migrationshintergrund. Die nach Herkunftsländern sehr unterschiedlichen Bindungen an die deutschen Parteien lassen sich nur zu einem geringen Teil auf die soziale Lage oder auf individuelle ideologische Orientierungen zurückführen. Eine Modellrechnung zeigt, dass eine verstärkte Einbürgerung von Menschen mit Migrationshintergrund keiner Partei deutliche Vorteile verschaffen würde.*

In Deutschland leben nach dem Mikrozensus 2007 mehr als 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, knapp 5,6 Millionen von ihnen sind wahlberechtigt.<sup>1</sup> Die Zahl der Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund hat vor allem durch die Zuwanderung von (Spät-)Aussiedlern, die bei der Einreise einen deutschen Pass erhalten, und durch die Einbürgerung türkischstämmiger Personen zugenommen. Seit der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts im Jahr 2001, durch die unter anderem die legale Mindestaufenthaltsdauer von 15 Jahren auf acht Jahre reduziert wurde, werden jährlich im Durchschnitt etwas mehr als 100 000 Personen eingebürgert.<sup>2</sup> Deutschland ist jedoch weiterhin eines der wenigen OECD-Länder, in denen nur eine Minderheit der Personen mit Migrationshintergrund die jeweilige Staatsangehörigkeit besitzt.<sup>3</sup> Nach wie vor bleibt damit eine große Zahl von Migrantinnen und Migranten, die teilweise seit Jahrzehnten in Deutschland leben, sowie deren Kinder, die in Deutschland geboren wurden und heute volljährig sind, von der politischen Beteiligung ausgeschlossen.

Martin Kroh  
mkroh@diw.de  
Ingrid Tucci  
itucci@diw.de

## Parteibindungen von Migrantinnen und Migranten: eine Frage der Zeit

Die Bindung von Migrantinnen und Migranten an eine bestimmte Partei im Aufnahmeland tritt oft erst nach einer Orientierungsphase ein. Personen mit Migrationshintergrund, die sich an der Befragung des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) beteiligen (Kasten), bejahen daher seltener als andere Teilnehmer die Frage, ob sie seit

<sup>1</sup> Statistisches Bundesamt: Der Bundeswahlleiter: 5,6 Millionen Wahlberechtigte mit Migrationshintergrund. Pressemitteilung, 2009, [www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW\\_BUND\\_09/presse/59\\_Wahlberechtigte\\_mit\\_Migrationshintergrund.html](http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_09/presse/59_Wahlberechtigte_mit_Migrationshintergrund.html).

<sup>2</sup> Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Migrationsbericht 2007.

<sup>3</sup> OECD: Children of Immigrants in the Labour Market of EU and OECD Countries: An Overview. Paris 2009, [www.oecd.org/dataoecd/39/32/43880918.pdf](http://www.oecd.org/dataoecd/39/32/43880918.pdf).

### Datengrundlage und Schätzmodell

Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) ist eine jährliche repräsentative Wiederholungsbefragung von Deutschen, Ausländern und Zuwanderern in den alten und neuen Bundesländern, die vom DIW Berlin in Zusammenarbeit mit Infratest Sozialforschung durchgeführt wird.<sup>1</sup> Die Stichprobe umfasste im Erhebungsjahr 2008 fast 11 000 Haushalte mit mehr als 20 000 Personen. Die Befragung liefert seit 1984 für Westdeutschland und seit 1990 für Ostdeutschland zahlreiche Informationen zu Themen wie Einkommen, Wohnqualität, Lebenszufriedenheit sowie zu politischen Einstellungen. Bei der ersten Welle des SOEP im Jahr 1984 waren Personen aus den damaligen Anwerbeländern überrepräsentiert und die neue Migration ab den 90er Jahren – insbesondere die (Spät-)Aussiedler – wurde ebenfalls mittels einer neuen Stichprobe erfasst.

Befragte zeigen eine Parteiidentifikation, wenn sie mit „ja“ auf folgende Frage im SOEP-Fragebogen antworten: „Viele Leute in der Bundesrepublik neigen längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie einer bestimmten Partei in Deutschland zu?“ Bei den Analysen zur Parteipräferenz wurden in der vorliegenden Studie ausschließlich Personen betrachtet, die sich einer Partei verbunden fühlen.

<sup>1</sup> Vgl. Wagner, G. G. et al.: Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP): Multidisziplinäres Haushaltspanel und Kohortenstudie für Deutschland – Eine Einführung (für neue Datennutzer) mit einem Ausblick (für erfahrene Anwender). In: AStA Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv, Vol. 2, Heft 4, 2008, 301–328.

Das SOEP bietet eine Reihe von Informationen zur Erfassung des Migrationshintergrundes. Beispielsweise können Personen mit einem türkischen Migrationshintergrund in diesem Bericht entweder in der Türkei oder auch in Deutschland geboren sein. Falls Deutschland der Geburtsort ist, dann wird zunächst die Nationalität beziehungsweise die frühere Nationalität, falls eine Einbürgerung stattgefunden hat, als Abgrenzungskriterium verwendet. Zusätzlich wird die Elterninformation, falls diese an der SOEP-Befragung teilgenommen haben, verwendet. Personen mit Migrationshintergrund können dementsprechend entweder eine ausländische oder die deutsche Staatsangehörigkeit haben. Die zweite Generation ist in Deutschland geboren. In der Gruppe der EU-Anwerbeländer befinden sich Personen spanischer, griechischer, portugiesischer und italienischer Herkunft.

Zur Erklärung der Parteibindung wurde ein sogenanntes multinomiales Regressionsmodell geschätzt, bei dem die Wahrscheinlichkeit, eine bestimmte Partei zu wählen, errechnet wird (Referenzkategorie SPD). Zur Interpretation der geschätzten Koeffizienten werden die marginalen Effekte herangezogen. Diese zeigen, wie sich Variation bei den einzelnen Einflussfaktoren (zum Beispiel die Herkunftsregion) auf die erwartete Wahrscheinlichkeit auswirkt, dass die abhängige Variable eine Ausprägung annimmt. Die Personen ohne Migrationshintergrund bilden die Referenzkategorien gegenüber den anderen Herkunftsgruppen.

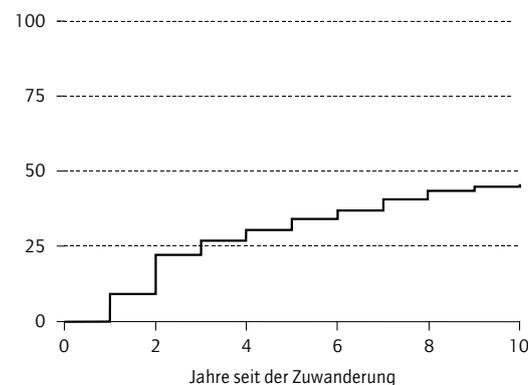
längerem einer bestimmten Partei in Deutschland zuneigen. In dieser Betrachtung, wie auch in der gesamten Untersuchung, sind sowohl wahlberechtigte als auch nicht wahlberechtigte Personen mit Migrationshintergrund eingeschlossen. In den jährlichen Erhebungen der 80er Jahre betragen die jeweiligen Anteile von Befragten mit einer Parteibindung etwa 45 Prozent bei Personen mit beziehungsweise 65 Prozent bei Personen ohne Migrationshintergrund. Wie in vielen anderen westlichen Ländern sinkt seither der Anteil der Befragten, die eine Parteibindung angeben.<sup>4</sup> Bei Personen mit Migrationshintergrund beträgt der Rückgang etwa zehn Prozentpunkte, bei Personen ohne Migrationshintergrund etwa 15 Prozentpunkte. Aus dem ungefähr gleich bleibenden Abstand zwischen beiden Gruppen kann jedoch nicht geschlossen werden, dass sich Migranten und deren Nachkommen nicht an das politische

<sup>4</sup> Dalton, R., Wattenberg, M. P. (Hrsg.): Parties without Partisans: Political Change in Advanced Industrial Societies. Oxford 2000.

Abbildung 1

### Anteil der Migranten mit Parteibindung

In Prozent



Quelle: SOEP.

DIW Berlin 2009

System der Bundesrepublik annähern. Vielmehr wandern in jedem Jahr neue Migranten zu, die

naturgemäß mit geringer Kenntnis des deutschen Parteiensystems anfangs keine Partei unterstützen. Abbildung 1 gibt die Anzahl der Jahre nach der Zuwanderung nach Deutschland an, bis die im SOEP befragten Migrantinnen und Migranten erstmalig eine Parteibindung äußern. Es wird deutlich, dass bereits nach zehn Jahren Aufenthalt in Deutschland etwa die Hälfte der zugewanderten Personen eine Parteineigung entwickelt hat.

### Stabile Parteibindungen über Generationen

Die Migrationsgeschichte der Bundesrepublik ist durch zwei große Zuwanderungswellen gekennzeichnet. Ab Mitte der 50er Jahre wurden massiv Arbeitskräfte aus der Türkei, Jugoslawien, Spanien, Italien, Griechenland und Portugal angeworben. Später fand mit dem Fall der Mauer die Zuwanderung zahlreicher (Spät-)Aussiedler statt. Zudem kamen bis zur Verschärfung des Asylgesetzes im Jahr 1992 viele Asylbewerber nach Deutschland, unter anderem aufgrund des Krieges im ehemaligen Jugoslawien. Die Migrantenpopulation ist somit in ethnisch-kultureller Hinsicht heterogener geworden, was sich in Veränderungen der Parteipräferenz innerhalb der Migrantenpopulation widerspiegelt.

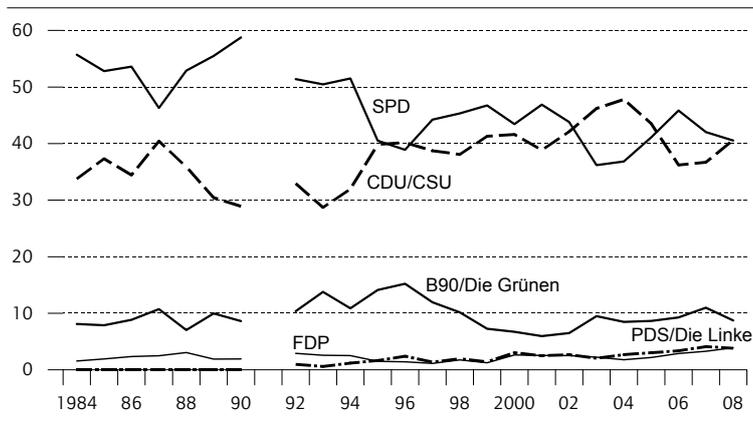
Bis Ende der 80er Jahre bildeten die Gastarbeiterfamilien den Großteil der Migrantenpopulation in Deutschland. Sie neigten zu 70 Prozent der SPD zu. Anfang der 90er Jahre setzte die Zuwanderung von (Spät-)Aussiedlern, die ihrerseits sehr häufig die CDU/CSU unterstützten, ein. Dies führte zu einem ungefähren Patt zwischen den beiden großen Parteien seit Mitte der 90er Jahre (Abbildung 2). Derzeit unterstützen jeweils etwa 40 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund, die eine Parteibindung angeben, die CDU/CSU und die SPD. Bindungen an kleine Parteien treten bei Personen mit Migrationshintergrund seltener auf als bei der eingewachsenen deutschen Bevölkerung. Dies betrifft insbesondere die FDP und die Linke.

Eine differenzierte Betrachtung der Unterstützung unterschiedlicher Parteien zeigt, dass Befragte aus den ehemaligen Anwerbeländern immer noch eine deutliche Präferenz für die SPD haben, jedoch sind die Anteile in der Gruppe derer mit Parteineigung seit den 80er Jahren von 75 Prozent auf 65 Prozent gesunken. Gleichzeitig bevorzugten die (Spät-)Aussiedler in den 90er Jahren zu 75 Prozent die CDU/CSU, gegenwärtig sind es nur noch 65 Prozent (Abbildung 3). Ähnlich hohe Anteile an Unterstützern finden die beiden Volksparteien bei Personen ohne Migrationshintergrund lediglich in ihren Kernmilieus. Die Gruppe der sonstigen Migrantinnen und Migranten ist sehr heterogen

Abbildung 2

### Parteibindungen von Personen mit Migrationshintergrund

Anteile der Parteien in Prozent



Quelle: SOEP.

DIW Berlin 2009

im Hinblick auf die Herkunftsregionen und die Gründe der Migration. Diejenigen, die eine Parteineigung haben, unterstützten in den Jahren seit 2000 mit 44 Prozent eher die CDU/CSU.

Im Durchschnitt tendieren Migranten nachkommen zu den jeweils selben Parteien wie Migrantinnen und Migranten der ersten Generation (Tabelle). Beispielsweise unterstützen 69 Prozent der ersten Generation türkischer Herkunft, die eine Parteineigung haben, die SPD, bei der zweiten Generation sind es 73 Prozent. Beachtenswert ist, dass die Nachkommen von Migrantinnen und Migranten häufiger B90/Die Grünen unterstützen als Personen mit eigener Migrationserfahrung. Der Anteil steigt von acht auf zehn Prozent bei Personen türkischer Herkunft, von vier auf zehn Prozent bei Personen jugoslawischer Herkunft und von drei auf 17 Prozent bei Personen aus den EU-Anwerbeländern Italien, Spanien, Portugal und Griechenland. Ob dies einen Generationenunterschied oder schlicht den Altersunterschied zwischen den Generationen widerspiegelt, wird sich erst zeigen müssen. Besonders hohe Unterstützung von etwa 20 Prozent finden B90/Die Grünen unabhängig von der Generation bei Befragten aus den sonstigen westlichen Ländern.

### Migrationshintergrund entscheidend für Parteipräferenz

Die politische Landschaft Deutschlands ist seit Jahrzehnten durch stabile Konfliktlinien gekennzeichnet, anhand derer sich die Parteien positionieren. So unterstützen konfessionell gebundene Bürger und Selbständige traditionell eher die Union. Hingegen unterstützen Arbeit-

Tabelle

**Partei Bindungen im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2008<sup>1</sup>**

Anteile der Parteien unter allen Personen mit Partei Bindung in Prozent

	SPD	CDU/CSU	FDP	B90/ Die Grünen	PDS/ Die Linke
Personen ohne Migrationshintergrund	39	41	4	9	5
Personen mit Migrationshintergrund					
(Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler <sup>2</sup>	24	65	3	4	4
Türkei	70	13	2	9	3
1. Generation	69	14	1	8	3
2. Generation	73	8	2	10	1
(Ex-)Jugoslawien	63	23	2	5	3
1. Generation	68	22	1	4	3
2. Generation	39	27	11	10	7
EU-Anwerbeländer	64	20	3	8	2
1. Generation	68	22	3	3	3
2. Generation	55	18	2	17	2
Sonstige westliche Länder	37	35	4	20	1
1. Generation	39	33	4	20	1
2. Generation	33	38	5	19	1
Sonstige nicht westliche Länder	38	47	2	5	5
1. Generation	38	48	2	5	4
2. Generation	35	43	5	9	8

**1** Im Gegensatz zur Wahlabsicht werden durch die Partei Bindung langfristige Loyalitäten zu den Parteien gemessen. Die langfristige Unterstützung großer Parteien fällt üblicherweise höher aus als deren Anteile in der aktuellen Wahlabsicht. Kleine Parteien profitieren in der Wahlabsicht hingegen überproportional von politisch ungebundenen Bürgern.

**2** Zu wenig Beobachtungen für die zweite Generation.

Quelle: SOEP.

DIW Berlin 2009

nehmer ohne starke Kirchenbindung verstärkt die SPD und neuerdings auch die Linke.<sup>5</sup> B90/Die Grünen und die FDP werden in stabiler Weise durch hochgebildete, schwach konfessionell gebundene Bürger unterstützt. In ähnlicher Weise positionieren sich die Parteien im ideologischen Spektrum und gewinnen oder verlieren dadurch an Attraktivität für Personen, die sich als politisch links oder rechts einstufen. Auch in den aktuellen Erhebungsjahren des SOEP finden sich diese Unterschiede in den Partei Bindungen der Personen ohne Migrationshintergrund wieder.

Die Partei Bindungen der Befragten mit Migrationshintergrund sind in sehr ähnlicher Weise verteilt wie bei Personen ohne Migrationshintergrund.<sup>6</sup> Fasst man die Personen aus den unterschiedlichen Herkunftsregionen, die in ihren Partei Bindungen sehr heterogen sind, zusammen, dann zeigt sich, dass es bei gleicher Bildung beziehungsweise gleichem beruflichen Status oder auch bei gleicher Einstufung auf einer Links-Rechts-Skala zwischen Befragten mit und ohne Migrationshintergrund im Hinblick auf ihre Parteipräferenz oftmals nur geringe Unterschiede gibt. Beispielsweise liegt der Anteil der Anhänger

von CDU/CSU bei Katholiken ohne Migrationshintergrund bei 59 Prozent und bei Katholiken mit Migrationshintergrund bei 52 Prozent. Der Anteil der Anhänger von B90/Die Grünen beträgt bei den Hochgebildeten mit und ohne Migrationshintergrund jeweils 17 und 14 Prozent. Nur die Linke/PDS scheint relativ wenig attraktiv für Personen mit Migrationshintergrund zu sein – auch für solche, die arbeitslos gemeldet sind.

Innerhalb der Bevölkerung mit Migrationshintergrund gibt es jedoch eine relativ starke Heterogenität im Hinblick auf die Partei Bindungen. Unterschiedlichen Rahmenbedingungen der Migration und Integration sowie unterschiedliche Positionen in der Sozialstruktur dienen als mögliche Erklärungen für diese Unterschiede. Beispielsweise finden sich Migrantinnen und Migranten aus den ehemaligen Anwerbeländern vor allem in den industriellen Arbeiterberufen, einem traditionellen SPD-Milieu.<sup>7</sup> Dies gilt auch für die Nachkommen der türkischen Migrantinnen und Migranten.<sup>8</sup> Es zeigt sich jedoch, dass Unterschiede in den Partei Bindungen nach Herkunftsländern

**7** Wüst, A.: Eingebürgerte als Wähler: Erkenntnisse aus der Bundesrepublik Deutschland. Wiener Hefte – Migration und Integration in Theorie und Praxis, Vol 1, Nr. 1, 2003, 113–126.

**8** Tucci, I., Groh-Samberg, O.: Das enttäuschte Versprechen der Integration: Migrantennachkommen in Frankreich und Deutschland. Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, Vol. 34, Nr. 2, 2008, 307–333. Tucci, I.: Lebenssituation von Migranten und deren Nachkommen in Deutschland. In: Datenreport 2008. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Statistisches Bundesamt, GESIS-ZUMA und WZB (Hrsg.), 2008, 200–207.

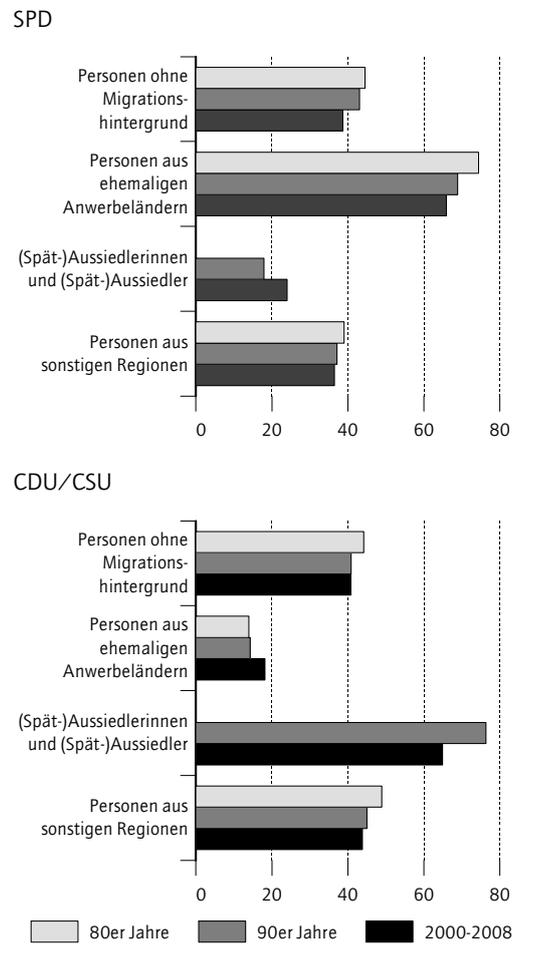
**5** Kroh, M., Siedler, T.: Die Anhänger der „Linken“: Rückhalt quer durch alle Einkommensschichten. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 41/2008.

**6** Zuckerman, A., Kroh, M.: The Social Logic of Bounded Partisanship in Germany: A Comparison of West Germans, East Germans, and Immigrants. Comparative European Politics 4, 2006, 65–93.

Abbildung 3

### Veränderung der Parteibindungen im Zeitverlauf

Anteile der Parteien unter allen Personen mit Parteibindung in Prozent



Quelle: SOEP.

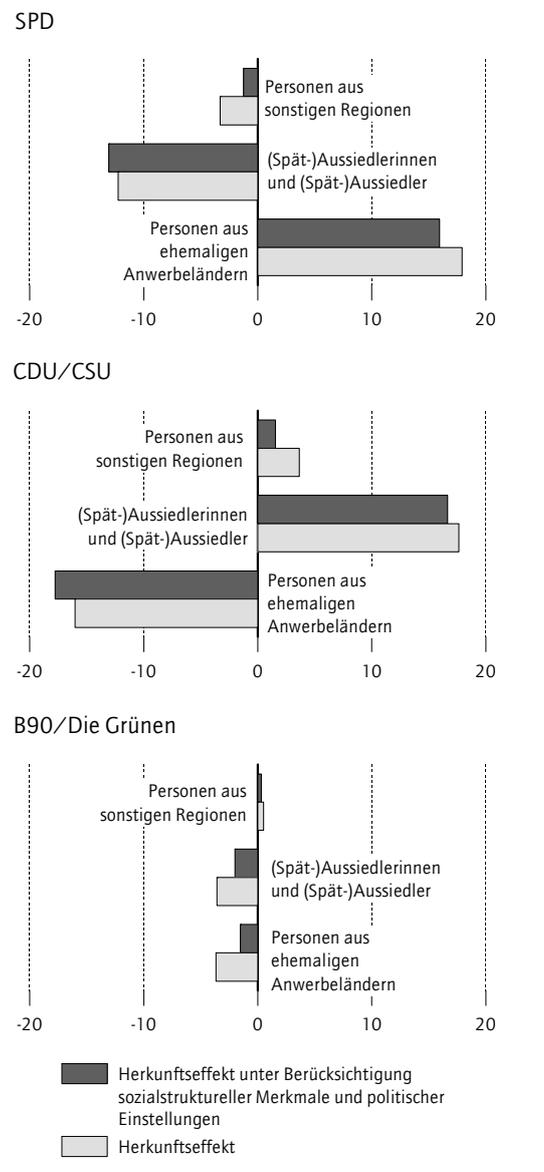
DIW Berlin 2009

weitgehend erhalten bleiben, wenn man neben demographischen und regionalen Merkmalen (Alter, Geschlecht, Gemeindegröße, Region) auch sozialstrukturelle Merkmale (berufliche Stellung, Haushaltseinkommen, Bildungsniveau), politische Einstellungen (Links-Rechts-Position, Wertorientierungen und Bedeutung verschiedenerer Sachthemen) sowie Gewerkschaftsmitgliedschaft und eine Konfession (katholisch ja/nein) berücksichtigt. Etwa 39 Prozent der Befragten ohne Migrationshintergrund nennen im Zeitraum 2000 bis 2008 eine Parteibindung zur SPD. Dieser Anteil liegt bei Personen mit Migrationshintergrund aus den klassischen Gastarbeiterländern um etwa 18 Prozentpunkte höher (Abbildung 4). Unter Berücksichtigung sozialstruktureller und politischer Merkmale sinkt der SPD-Vorsprung auf 16 Prozentpunkte. Somit sind lediglich zwei Prozentpunkte darauf zurückzuführen, dass Per-

Abbildung 4

### Bedeutung der Herkunft für die Parteibindungen

Effekte in Prozentpunkten



Quelle: SOEP.

DIW Berlin 2009

sonen aus den ehemaligen Anwerbeländern in die klassischen SPD-Milieus eingewandert sind. Die verbleibenden 16 Prozentpunkte sind unabhängig von Sozialstruktur und grundlegenden politischen Orientierungen. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei den (Spät-)Aussiedlern: Während 41 Prozent der Befragten ohne Migrationshintergrund die CDU/CSU angeben, liegt dieser Anteil bei (Spät-)Aussiedlern um 18 Prozentpunkte höher. Der reine Herkunftseffekt ist nur um einen Prozentpunkt niedriger.

Lediglich die vergleichsweise geringe Unterstützung von B90/Die Grünen unter Personen mit

Migrationshintergrund ist zu einem Großteil durch persönliche Merkmale zu erklären. Etwa neun Prozent der Befragten ohne Migrationshintergrund, die eine Parteibindung angeben, nennen B90/Die Grünen. Bei Migrantinnen und Migranten aus den ehemaligen Anwerbeländern und deren Kindern fällt dieser Anteil etwa vier Prozentpunkte geringer aus. Berücksichtigt man jedoch die spezifische soziale Position dieser Gruppe, die tendenziell nicht der klassischen Klientel von B90/Die Grünen entspricht, dann reduziert sich der Unterschied zu den Befragten ohne Migrationshintergrund auf lediglich etwas mehr als einen Prozentpunkt.

Die Tatsache, dass sich die erheblichen Unterschiede in den Parteibindungen innerhalb der Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund nur zu einem kleinen Teil durch die soziale Stellung und individuelle politische Orientierungen erklären lassen, deutet darauf hin, dass auch die Positionen der Parteien in der Migrations- und Integrationspolitik eine Rolle spielen.<sup>9</sup> Die eigene Migrations- und Integrationserfahrung ist also selbst ein wichtiger Faktor für die Parteibindung von Migrantinnen und Migranten und deren Nachkommen.

### **Einbürgerungen: kaum Veränderungen der Stimmenverhältnisse**

Trotz der Lockerung des Staatsangehörigkeitsrechts durch die 2001 in Kraft getretene Reform bleibt das deutsche Einbürgerungsrecht vergleichsweise restriktiv.<sup>10</sup> Nach Daten des Mikrozensus 2007 haben in Deutschland insgesamt fast fünf Millionen Menschen, die in Deutschland geboren sind, einen Migrationshintergrund. Ein Drittel von ihnen hat eine ausländische Staatsbürgerschaft. Unter den Volljährigen sind es 42 Prozent bei den 20- bis 25-Jährigen, 64 Prozent bei den 25- bis 35-Jährigen und 70 Prozent bei den 35- bis 45-Jährigen.<sup>11</sup> Eine relativ große Anzahl an in Deutschland geborenen Menschen mit Migrationshinter-

grund bleibt somit vom politischen Prozess ausgeschlossen.

Seit jeher sprechen Staaten wie Frankreich oder die USA im Land geborenen Kindern von Migrantinnen und Migranten automatisch die Staatsbürgerschaft zu. Hätten alle in Deutschland geborenen Kinder von Migrantinnen und Migranten entsprechend einem solchen Staatsbürgerschaftsrecht das Wahlrecht, würde sich an den Anteilen der wahlberechtigten Parteianhänger kaum etwas ändern. Eine Projektion auf Basis der SOEP-Daten zeigt, dass die SPD 0,1 Prozentpunkte hinzugewinnen würde, die CDU/CSU würde im gleichen Umfang verlieren.

Weiterhin leben 8,3 Millionen Menschen mit eigener Migrationserfahrung seit mehr als acht Jahren in Deutschland, darunter sind drei Millionen noch ausländische Staatsbürger. Unterstellt man in einem zweiten Szenario, dass sich alle ausländischen Staatsangehörigen, die seit mindestens acht Jahren in Deutschland leben, einbürgern ließen und somit das Recht hätten, sich an Wahlen zu beteiligen, fielen die Effekte ebenfalls sehr gering aus: Die SPD würde in diesem Fall einen Prozentpunkt hinzugewinnen, die CDU/CSU einen halben Prozentpunkt einbüßen. Änderungen des Einbürgerungsrechts oder des Einbürgerungsverhaltens würden sich somit entgegen mancher Hoffnung oder Befürchtung in den Parteizentralen kaum auf die Machtverhältnisse zwischen den Parteien auswirken.

### **Fazit**

Mit der Dauer des Aufenthalts in Deutschland entwickelt eine zunehmende Zahl von Migrantinnen und Migranten eine Bindung an deutsche Parteien. Heute bevorzugen Migrantinnen und Migranten aus den ehemaligen Anwerbeländern weiterhin zu fast 70 Prozent eher die SPD. Diese Parteibindung ist über Generationen hinweg relativ stabil, auch wenn Migrantennachkommen etwas häufiger B90/Die Grünen präferieren. Dagegen gibt es eine klare Nähe der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler zur CDU/CSU.

Diese Unterschiede zwischen Migrantengruppen sind nicht durch Unterschiede in der sozialen Position oder in politischen Einstellungen zu erklären. Vielmehr liefern der Migrationshintergrund – und damit auch die Migrationsrahmenbedingungen – einen eigenständigen Beitrag zur Erklärung der Parteipräferenz von Migrantinnen und Migranten und deren Nachkommen.

<sup>9</sup> Wüst, A.: Das Wahlverhalten eingebürgerter Personen in Deutschland. Aus Politik und Zeitgeschichte 52, 2003, 29–38.

<sup>10</sup> Mit der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts wurde für Kinder von Migrantinnen und Migranten, die ab dem 1. Januar 2000 geboren wurden, das Geburtsortprinzip eingeführt. Zusätzlich wurden unter anderem die Regeln für eine sogenannte Anspracheinbürgerung geändert. Demnach müssen ausländische Staatsbürger 1) seit acht Jahren gewöhnlich und rechtmäßig in Deutschland leben, 2) ihren Lebensunterhalt ohne Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II bestreiten, über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen, den Einbürgerungstest schaffen, nicht wegen einer Straftat verurteilt gewesen sein, sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland bekennen und ihre alte Staatsangehörigkeit aufgeben.

<sup>11</sup> Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. 2009.

Eine Förderung des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen der Migrantenbevölkerung und der sogenannten Mehrheitsgesellschaft – eine der Leitlinien des Nationalen Integrationsplans – geht mit der Partizipation der Menschen mit Migrationshintergrund am politischen Leben einher.<sup>12</sup> Dies setzt voraus, dass Migrantinnen und Migranten und deren

**12** Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Der Nationale Integrationsplan, 2007, [www.bundesregierung.de/Content/DE/Publikation/IB/Anlagen/nationaler-integrationsplan,property=publicationFile.pdf](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Publikation/IB/Anlagen/nationaler-integrationsplan,property=publicationFile.pdf).

Nachkommen die deutsche Staatsbürgerschaft erlangen und damit wählen können und auf allen Ebenen der Politik ihren Platz finden. Die Aufnahme von Neubürgerinnen und Neubürgern in die Gemeinschaft der Staatsbürgerinnen und Staatsbürger sollte von den Parteien als Chance begriffen werden. Eine Erleichterung der Einbürgerung von Menschen mit Migrationshintergrund, wäre ein klares Signal von Aufnahmebereitschaft. Dies würde sich wiederum auf das Einbürgerungsverhalten positiv auswirken.

**JEL Classification:**  
Z13, P16, J15

**Keywords:**  
Migrants,  
Political behavior,  
SOEP

**Impressum**

DIW Berlin  
Mohrenstraße 58  
10117 Berlin  
Tel. +49-30-897 89-0  
Fax +49-30-897 89-200

**Herausgeber**

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann  
(Präsident)  
Prof. Dr. Tilman Brück  
Dr. habil. Christian Dreger  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Prof. Dr. Alexander Kritikos  
Prof. Dr. Viktor Steiner  
Prof. Dr. Gert G. Wagner  
Prof. Dr. Christian Wey

**Chefredaktion**

Dr. Kurt Geppert  
Carel Mohn

**Redaktion**

Tobias Hanraths  
PD Dr. Elke Holst  
Susanne Marcus  
Manfred Schmidt

**Pressestelle**

Renate Bogdanovic  
Tel. +49 – 30 – 89789–249  
presse@diw.de

**Vertrieb**

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 7477649  
Offenburg  
leserservice@diw.de  
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent/min.  
Reklamationen können nur innerhalb  
von vier Wochen nach Erscheinen des  
Wochenberichts angenommen werden;  
danach wird der Heftpreis berechnet.

**Bezugspreis**

Jahrgang Euro 180,-  
Einzelheft Euro 7,-  
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer  
und Versandkosten)  
Abbestellungen von Abonnements  
spätestens 6 Wochen vor Jahresende  
ISSN 0012-1304  
Bestellung unter leserservice@diw.de

**Satz**

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

**Druck**

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit  
Quellenangabe und unter Zusendung  
eines Belegexemplars an die Stabs-  
abteilung Kommunikation des DIW  
Berlin (Kundenservice@diw.de)  
zulässig.

Gedruckt auf  
100 Prozent Recyclingpapier.